

Rünenberg, 26. November 25

Claudio Bernet  
Amt für Volksschulen  
Munzachstrasse 25c  
4410 Liestal

## **Vernehmlassung zur Änderung des Bildungsgesetzes - Neuregelung des kantonalen Schuldienstes für die schulpsychologische Abklärung und Beratung von Schülerinnen und Schülern**

Sehr geehrter Herr Bernet

Besten Dank für die Möglichkeit, im Rahmen der Anhörung zur oben erwähnten Vorlage Stellung nehmen zu können.

Wir haben unsere Stellungnahme im Vorstand der AKK diskutiert und beschlossen. Speziell bedanken möchten wir uns bei den Stufenleitenden AKK PSK Ursi Jann, AKK PSU Fabienne Oberli, AKK PSM Leonie Gutjahr, AKK SEK Simon Spinnler, AKK SOP Jacqueline Leber, den Mitgliedern ihrer Kernteams und weiteren Lehrpersonen der Stufenkonferenzen für ihre guten Rückmeldungen. Die Rückmeldungen beinhalten eine grundsätzliche Zustimmung zu den Änderungen und weisen auf wichtige und entscheidende Faktoren hin.

Die AKK begrüsst und unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen und die klare Trennung der beiden Dienste. Die Fokussierung bezüglich aller sonderpädagogischen Fragen und Anliegen auf einen kantonalen Schuldienst ist aus Sicht der Schulen und Lehrpersonen sinnvoll.

Ergänzend scheinen uns die unten aufgeführten Punkte für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen den Schulen und dem SPD im Interesse der Schülerinnen und Schüler zentral wichtig.

- Der SPD muss über ausreichende Ressourcen verfügen. Aktuell betragen die Wartezeiten von der Anmeldung bis zur Abklärung oft mehrere Monate. Das darf sich nach der Übernahme der Fälle vom KJP nicht noch verschärfen. Im Gegenteil: Der SPD muss über so viele Ressourcen verfügen, dass eine Abklärung höchstens wenige Wochen nach der Anmeldung durchgeführt werden kann.
- Wir fragen uns, ob der SPD an seinem aktuellen Standort über ausreichende Räumlichkeiten verfügt. Es darf nicht zu Wartefristen kommen, weil der SPD nicht genug Räume hat, obwohl die personellen Ressourcen ausreichend wären. Unter Umständen braucht der SPD folglich zusätzliche Räume.
- Das neu angedachte Anmeldeverfahren und die Abläufe im SPD müssen vereinfacht, klar definiert und den Schulen, den Eltern und Kinderärztinnen und -ärzten breit kommuniziert werden.

- Wir würden begrüßen, wenn die Schulen auch in Zukunft, nach Absprache mit den Eltern, Kinder beim KJP direkt anmelden könnten. Das würde, wie angedacht, nur für ausserschulische Anliegen gelten. Oft ist die Anmeldung beim KJP für Eltern eine sehr hohe Hürde, sei es aus sprachlichen oder aus organisatorischen Gründen. Hier könnten die Schulen Eltern unterstützen, auch für den Fall, dass die Unterstützung von Kinderärztinnen und -ärzten nicht geleistet wird.
- Uns ist noch nicht gänzlich klar, wie bei Themen in der Zuständigkeit zwischen dem SPD und dem KJP verfahren werden muss, wie die Zusammenarbeit und wie Zuständigkeiten geregelt sind. Dies gilt beispielsweise bei Kindern der separativen Sonderschulung oder bei Kindern mit stark ausgeprägtem ADHS oder ASS.
- Ebenfalls unklar scheint uns, ob der SPD künftig Indikationen stellen kann, welche zu einem Nachteilsausgleich führen.

Freundliche Grüsse

Ernst Schürch